



July 18, 1973
**Preparatory Materials for East German Protest Against the
Intended Establishment of a Chinese Trade
Representation in West Berlin**

Citation:

“Preparatory Materials for East German Protest Against the Intended Establishment of a Chinese Trade Representation in West Berlin,” July 18, 1973, History and Public Policy Program Digital Archive, Included in the document reader for the international conference "China and the Warsaw Pact in the 1970-1980s" held by CWHIP and the Parallel History Project March 2004 in Beijing. <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/114803>

Summary:

These documents are related to East Germany's protest against the intended establishment of a Chinese trade representation in West Berlin. The East German Ministry of Foreign Affairs stresses that West Berlin cannot be regarded as part of West Germany. Therefore, by initiating diplomatic relations with West Berlin without considering the existence of the internationally acknowledged Four Power Agreement on Berlin between the US, Britain, France, and the Soviet Union, China is deliberately acting against the interests of East Germany.

Credits:

This document was made possible with support from the Leon Levy Foundation.

Original Language:

German

Contents:

- Scan of Original Document

C 6610

18. -12. T. 15 T3

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

000248

STELLVERTRETER DES MINISTERS

Berlin, den 18. Juli 1973
Tel.:

Mitglied des Politbüros und
Sekretär des Zentralkomitees der SED
Genossen Hermann Axen

*Gen. Fischer
Gen. Harig
Büro, Sekretariat und
Text nachmals mit
Gen. Kasper zu
beraten. Bitte
Anmerkungen
19.7.*

Berlin

Wertes Genosse Axen!

Wie uns aus Veröffentlichungen der BRD- und Westberliner Presse bekannt wurde, hat der Botschafter der VR China in der BRD dem Bürgermeister von Westberlin wie den Ministerpräsidenten der BRD-Länder nach seiner Akkreditierung eine Visitenkarte übersandt. Andere Pressemeldungen informierten über die Absicht der VR China, eine Vertretung in Westberlin zu errichten, die der Botschaft in Bonn unterstellt werden soll.

Aus diesem Anlaß halten wir es für notwendig, den Standpunkt der DDR dazu gegenüber dem Rat der Botschaft der VR China in der DDR mündlich darzulegen. Einen Textentwurf füge ich bei.

Ich bitte um Zustimmung.

Anlage

Mit sozialistischem Gruß

Oskar Fischer

Oskar Fischer

Wortlaut einer Erklärung, die dem Rat der Botschaft der VR China in der DDR mündlich vorgetragen wird.

Aus gegebenem Anlaß hält es das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik für notwendig, die Position der Deutschen Demokratischen Republik hinsichtlich des Status von Westberlin darzulegen und einige damit in direktem Zusammenhang stehende Fragen zu erläutern:

1. Bei der Beurteilung des Status Westberlins ist von folgenden Grundtatsachen auszugehen:

Westberlin war zu keiner Zeit Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Die drei Westmächte mußten dieser Sachlage von Anfang an Rechnung tragen und mehrfach offiziell bekräftigen, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert wird.

Im Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 wurde erneut völkerrechtsverbindlich bestätigt, daß "diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden". Gleichzeitig wird hervorgehoben, daß die dem widersprechenden Artikel des Grundgesetzes der BRD suspendiert bleiben.

Aus diesen Fakten ergibt sich, daß die BRD keinerlei souveräne Rechte gegenüber Westberlin besitzt. Verbindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der BRD können nur unter Berücksichtigung der oben dargelegten Grundtatsachen aufrechterhalten und entwickelt werden.

2. Die Volksrepublik China ist in der Vergangenheit davon ausgegangen, daß Westberlin nicht Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert werden darf. Die Deutsche Demokratische Republik hat diesen Standpunkt der VR China stets begrüßt.

Vor kurzem übermittelte der Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin wie den Ministerpräsidenten der Länder der BRD seine Visitenkarte. Dadurch wurde der

Westberliner Bürgermeister durch den offiziellen Vertreter der VR China in der BRD genauso behandelt, wie die Regierungschefs der BRD-Länder, über die die Bundesregierung in Bonn im Grundgesetz der BRD festgelegte souveräne Rechte ausübt.

*Zuf
über
Kleing?*

Eine derartige Handlungsweise muß als Ausdruck einer Veränderung der Position der VR China hinsichtlich des Status von Westberlin gewertet werden.

Mit diesem offiziellen Schritt werden die Bestrebungen der BRD unterstützt, Westberlin im Widerspruch zum Vierseitigen Abkommen in das politische und gesellschaftliche System der BRD zu integrieren und Westberlin wie ein Land der BRD zu behandeln.

Das MFAA der DDR drückt sein Befremden über diesen Schritt des Botschafters der VR China in der BRD aus, der ~~Amit~~ offizielle diplomatische Aktivitäten gegenüber Westberlin entwickelte. Es bedauert, daß damit die legitimen Interessen der DDR geschädigt und Bestrebungen der BRD Vorschub geleistet werden, das Vierseitige Abkommen zu unterlaufen.

Das MFAA der DDR spricht die Hoffnung aus, daß die chinesische Seite den Standpunkt der DDR berücksichtigt und davon Abstand nimmt, durch die Botschaft der VR China in der BRD diplomatische Aktivitäten gegenüber Westberlin durchzuführen.

3. In letzter Zeit haben einige sozialistische Staaten die Errichtung von Generalkonsulaten in Westberlin bei den zuständigen Organen der USA, Großbritanniens und Frankreichs beantragt. Falls die chinesische Seite ähnliche Absichten hat, erwartet die DDR, daß auch sie bei deren Realisierung von der bekannten Tatsache ausgeht, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert wird.

*Mit
den
allen*

*Zusammen
geragt
werden?*

*Sollte nicht
Artikel 3
in Bezug
auf
deutet werden?*

Das bedeutet insbesondere:

Die Errichtung einer Vertretung in Westberlin darf keinesfalls auf der Grundlage und im Rahmen der Beziehungen zwischen der VR China und der BRD erfolgen; eine selbständige Vertretung der VR China in Westberlin sollte direkt dem MFAA der VR China unterstehen und nicht der Botschaft der VR China in der BRD.

darf

000251

- 3 -

die Antragstellung für die Errichtung einer
derartigen Vertretung sollte bei den drei
Westmächten, jedoch nicht über die Botschaften
dieser Staaten in der BRD vorgenommen werden.

Das MFAA der DDR würde es begrüßen, wenn die VR China in
ihrer künftigen Politik gegenüber Westberlin von dem im
Vierseitigen Abkommen festgelegten Status Westberlins aus-
geht und die ^{legitimen} Interessen der DDR berücksichtigt.

Ich bitte Sie, diesen Standpunkt des MFAA der DDR dem
MFAA der VR China zu übermitteln.

Janusz 18.12.
Ker 18.12.

C 6610

000252

Abteilung Ferner Osten

Berlin, den 18. Juli 1973

Notiz für Genossen Fischer

1. Anbei die Konzeption für das Gespräch mit dem chinesischen Botschafter. Der Entwurf wurde von der Abteilung BRD gemacht und ist mit uns abgestimmt. Wenn grundsätzliches Einverständnis mit der in ihm enthaltenen Linie besteht, müßte er ausformuliert und noch abgeschliffen werden.
2. Es wird vorgeschlagen, daß Genosse Dr. Mitdank den chinesischen Botschafter empfängt und Genosse Siegfried Karl am Gespräch teilnimmt.

Anlage

*Meinung Gen. General
 1. Es empfängt Siegfried Karl
 im Beisein von Gen. Fischer
 2. Ausformulieren*

Unterlage für ein Gespräch mit dem Botschafter der VR China

Aus gegebenem Anlaß möchte das MfAA auf den Status Westberlins eingehen und die Position der DDR zu einigen Fragen darlegen.

- Es wird eine kurze Darlegung des Status Westberlins als einer Stadt mit besonderem politischen Status gegeben, die kein Bestandteil irgendwelchen Staates ist. Dabei wird hervorgehoben, daß die USA, Großbritannien und Frankreich im Vierseitigen Abkommen völkerrechtsverbindlich anerkannt und erneuert bekräftigt haben, "daß diese Faktoren so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden" (Anlage II Ziffer 1)

- Die VR Ch. ist lange Zeit ~~eindeutig~~ von dem gemeinsamen Standpunkt der sozialistischen Länder in Bezug auf Westberlin ausgegangen. Die kürzliche Übermittlung einer Visitenkarte des Botschafters der VR Ch. an den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Schütz, muß jedoch als ^{Ausdruck} einer Veränderung der Position der VR Ch. gewertet werden. Mit diesem ~~genannten~~ offiziellen Schritt werden die Bestrebungen der BRD unterstützt, Westberlin im Widerspruch zum Vierseitigen Abkommen in das politische und gesellschaftliche System der BRD zu integrieren und Westberlin wie ein Land der BRD zu behandeln.

Das MfAA drückt sein Befremden über diesen Schritt des Botschafters der VR Ch. in der BRD aus, der damit offizielle diplomatische Aktivitäten gegenüber Westberlin entwickelt. Es bedauert, daß die VR Ch. die legitimen Interessen der DDR sowie die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Staaten offen negiert, ja schädigt. Die chinesische Seite leistet durch ihren Schritt den Bestrebungen der BRD Vorschub, das Vierseitige Abkommen zu unterlaufen.

Das MfAA spricht die Hoffnung aus, daß die chinesische Seite ^{den Standpunkt der DDR berücksichtigt} ihre Haltung überprüft und davon Abstand nimmt, durch die

Botschaft der VR Ch. in ^{der BRD} Bonn diplomatische Aktivitäten in ~~in~~
~~Bezug auf~~ ^{gegenüber} Westberlin durchzuführen, ~~die von der BRD zur~~
~~Stützung ihrer Anmaßungen gegenüber Westberlin genutzt wer-~~
~~den~~

- In letzter Zeit haben einige sozialistische Länder die Errichtung von Generalkonsulaten in Westberlin beantragt. Falls die chinesische Seite ähnliche Absichten hat, wird erwartet, daß ^{es ist} sie bei deren Realisierung von der Tatsache ausgeht, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert wird. Das bedeutet insbesondere
 - a) keine Errichtung einer konsularischen Vertretung in Westberlin auf der Grundlage und im Rahmen der Beziehungen zwischen der VR Ch. und der BRD.
 - b) Errichtung eines selbstständigen Generalkonsulats, das direkt dem Außenministerium untersteht, ^{nicht der} ~~Anders ausge-~~
~~drückt: Keinerlei Unterstellung unter die Botschaft der~~
 VR Ch. in der BRD
 - c) Antragstellung bei den 3 Westmächten, jedoch nicht über deren Botschaften in Bonn.
 - d) Zurückweisung eventueller sonstiger Versuche der BRD, die Zuständigkeiten der BRD für die Errichtung eines Generalkonsulats in Westberlin zu begründen.

Abschließend wird die Erwartung ausgesprochen, daß die chinesische Seite in ihrer zukünftigen Politik in Bezug auf Westberlin dem im Vierseitigen Abkommen festgelegten Status Westberlins sowie den berechtigten Interessen der DDR ~~und anderen~~
~~Staaten~~ Rechnung trägt.

C 6510

Abteilung Ferner Osten

Berlin, den 23. 7. 1978

000255

Jan Winkler
Interim

24/7

Bemerkung für Genossen Minister Oskar Fischer

Wir schlagen vor, alle drei Punkte der beiliegenden mündlichen Erklärung gegenüber dem Rat der chinesischen Botschaft in Berlin zusammen vorzutragen.

Die diplomatische Aktivität des chinesischen Botschafters in Bonn gegenüber Westberlin ist für uns auch der Aufhänger für die nachfolgenden Darlegungen zu Punkt 3. Sonst liegen mir einige westliche Pressemeldungen vor, auf die wir uns nicht beziehen wollen.

Genosse Strauss müßte sie aber als Aufhänger nehmen oder sich auf das Gespräch in Berlin beziehen. Das scheint uns aber nicht zweckmäßig zu sein.

Jarock
Jarock

Wortlaut einer Erklärung, die dem Rat der Botschaft der VR China in der DDR mündlich vorgetragen wird

Aus gegebenem Anlaß hält es das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik für notwendig, die Position der Deutschen Demokratischen Republik hinsichtlich des Status von Westberlin darzulegen und einige damit in direktem Zusammenhang stehende Fragen zu erläutern:

1. Bei der Beurteilung des Status Westberlins ist von folgenden Grundtatsachen auszugehen:

Westberlin war zu keiner Zeit Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Die drei Westmächte mußten dieser Sachlage von Anfang an Rechnung tragen und mehrfach offiziell bekräftigen, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert wird.

Im Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 wurde erneut völkerrechtsverbindlich bestätigt, daß "diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden". Gleichzeitig wird hervorgehoben, daß die dem widersprechenden Artikel des Grundgesetzes der BRD suspendiert bleiben.

Aus diesen Fakten ergibt sich, daß die BRD keinerlei souveräne Rechte gegenüber Westberlin besitzt. Verbindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der BRD können nur unter Berücksichtigung der oben dargelegten Grundtatsachen aufrechterhalten und entwickelt werden.

2. Die Volksrepublik China ist in der Vergangenheit davon ausgegangen, daß Westberlin nicht Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert werden darf. Die Deutsche Demokratische Republik hat diesen Standpunkt der VR China stets begrüßt.

Vor kurzem übermittelte der Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin wie den Ministerpräsidenten der Länder der BRD seine Visitenkarte. Dadurch wurde der Westberliner Bürgermeister durch den offiziellen Vertreter

der VR China in der BRD genauso behandelt, wie die Regierungschefs der BRD-Länder, über die die Bundesregierung in Bonn im Grundgesetz der BRD festgelegte souveräne Rechte ausübt.

Das MfAA der DDR drückt sein Befremden über diesen Schritt des Botschafters der VR China in der BRD aus, der offizielle diplomatische Aktivitäten gegenüber Westberlin entwickelte. Es bedauert, daß damit die legitimen Interessen der DDR geschädigt und Bestrebungen der BRD Vorschub geleistet werden, das Vierseitige Abkommen zu unterlaufen.

Das MfAA der DDR spricht die Hoffnung aus, daß die chinesische Seite den Standpunkt der DDR berücksichtigt und davon Abstand nimmt, durch die Botschaft der VR China in der BRD diplomatische Aktivitäten gegenüber Westberlin durchzuführen.

3. In letzter Zeit haben einige sozialistische Staaten die Errichtung von Generalkonsulaten in Westberlin bei den zuständigen Organen der USA, Großbritanniens und Frankreichs beantragt. Falls die chinesische Seite ähnliche Absichten hat, erwartet die DDR, daß auch sie bei deren Realisierung von der bekannten Tatsache ausgeht, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und nicht von ihr regiert wird. Das bedeutet insbesondere:
Die Errichtung einer Vertretung in Westberlin dürfte keinesfalls auf der Grundlage und im Rahmen der Beziehungen zwischen der VR China und der BRD erfolgen;
eine selbständige Vertretung der VR China in Westberlin sollte direkt dem MfAA der VR China unterstehen und nicht der Botschaft der VR China in der BRD;
die Antragstellung für die Errichtung einer derartigen Vertretung sollte bei den drei Westmächten, jedoch nicht über die Botschaften dieser Staaten in der BRD vorgenommen werden.

Das MfAA der DDR würde es begrüßen, wenn die VR China in ihrer künftigen Politik gegenüber Westberlin von dem im Vierseitigen Abkommen festgelegten Status Westberlins ausgeht und die legitimen Interessen der DDR berücksichtigt.

Ich bitte Sie, diesen Standpunkt des MfAA der DDR dem MfAA der VR China zu übermitteln.